

# RUNDER TISCH

zu den Auswirkungen der Hartz-Gesetze in Freiburg

[runder-tisch-freiburg@web.de](mailto:runder-tisch-freiburg@web.de),

[www.runder-tisch-freiburg.de](http://www.runder-tisch-freiburg.de)



Freiburg, 1. Mai 2011

## DGB-Kundgebung zum 1. Mai 2011

Stühlinger Kirchplatz, Freiburg

### Redebeitrag für den Runden Tisch

Martin Klauss

(Der Redebeitrag konnte wegen einsetzendem Regen nicht vollständig gehalten werden)

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

wenn wir die Tische ein wenig umstellen würden – wir hätten ganz schnell einen großen Runden Tisch zu den Auswirkungen der Hartz – Gesetz in Freiburg beisammen.

Der einleuchtende Grund: Es sind ganz sicher nicht Viele unter uns, die gar nicht unter den Auswirkungen von Hartz I bis IV zu leiden hatten und/oder noch haben.

Woran das liegt? Die Hartz-Gesetze, insbesondere Hartz IV waren eben außerordentlich erfolgreich! In einem zentralen Ziel zumindest.

Erfolgreich ist etwas ja wohl dann, wenn ein gewünschtes Ergebnis auch eintritt.

Der damalige Bundeskanzler bejubelte jedenfalls bereits 2005 einen zentralen Erfolg der Hartz-Gesetze mit den Worten: „*Deutschland neigt dazu, sein Licht unter den Scheffel zu stellen, obwohl es das Falscheste ist, was man eigentlich tun kann.*“ „*Wir haben einen der besten Niedriglohnssektoren aufgebaut, den es in Europa gibt.*“ (Schröder, vor dem “World Economic Forum” im Januar 2005 in Davos)

Wie hätten Löhne auf eine derartige Abwärtsspirale geschickt werden können ohne die verfassungswidrig niedrigen Regelsätze? Weit unterhalb der sog. Armutsgrenze.

Es stimmt: bei den Niedrigstlöhnen, richtiger: bei den Hungerlöhnen sind wir vom Mittelfeld in die absolute europäische Spitze aufgerückt, die sog. Mittelschicht bröckelt bedrohlich, die Zahl der Armen wächst in diesem reichen Land so stark, wie sonst nichts. Nichts, außer dem Reichtum der Reichen.

Jeder vierte Job ist ein Minijob, 5 Mio. Menschen verdienen inzwischen ausschließlich in einem Minijob Geld. Dass alleine in Freiburg innerhalb von 6 Jahren die Zahl dieser Menschen um 4000 angestiegen ist, dass die Leiharbeit boomt – wir wissen alle, ohne Hartz wäre das alles so nicht gegangen. Welch ein Erfolg!

Wir wissen alle: Nicht nur die Erwerbslosen, nicht nur die Minijobber sind von Hartz geschädigt:

Welchen Druck auf alle Beschäftigten erzeugt noch immer der drohende Absturz ins soziale Aus: Hartz macht sich massiv bemerkbar in Form von unzähligen geschluckten Kröten und Zugeständnissen in allen Branchen.

Vielleicht gibt es neben den Erwerbslosen, den Hungerlöhnern, den noch Beschäftigten in ungesicherten und auch sog. gesicherten Arbeitsverhältnissen, den Handwerkern und Dienstleistern, die unter der miesen Kaufkraft zu leiden haben, auch unter den Profiteuren der Entwicklung der letzten Jahre einzelne, die verstehen: Diese massiv zunehmende Armut könnte auch für sie unangenehme Folgen haben: Einige, die keine Lust haben, in einem gespaltenen Land zu leben, in dem sie sich – wie es bereits anderswo zu besichtigen ist – in Reichen-Ghettos wiederfinden, von Bewaffneten gesichert, und sich kontrollieren lassen müssen, wenn sie einfach nur nach Hause wollen?

Beratungsresistent nennt man, sehr freundlich ausgedrückt, Leute, die bereits vor Ihrer Tat über die Folgen Bescheid wussten, und sie trotzdem begehen. Eindringliche, seriöse und sehr besorgte Studien haben bereits vor Einführung von Hartz IV deutlich gemacht, was kommen wird: Verdreifachte Zahl armer Kinder, ein regelrechter Armutsboom in Deutschland. All das hat die Verantwortlichen in keiner Weise beeindruckt. Wie viele Jahre hat es gedauert, bis sich diese Leute eine schallende Ohrfeige des Bundesverfassungsgerichts abholen mussten. Dieses hat ihnen mit genau den gleichen Argumenten, wie die besorgten Mahner bereits 6 Jahre zuvor deutlich gemacht: Euer Handeln war verfassungswidrig! Ich will jetzt nicht näher beleuchten, welche Parteien die verfassungswidrigen Regelsätze damals eingeführt haben – die Älteren unter uns werden sich noch vage daran erinnern – Fakt ist: nicht mehr ganz so plump, wie damals, als absurde Begründungen herhalten mussten: „Hartzler brauchen keine Segelflugzeuge und Pelzmäntel und maßgeschneiderte Kleidung auch nicht“, - im Ergebnis aber nicht weniger umfangreich wurde getäuscht und getrickst, bis ein mickriger Aufschlag errechnet war, der dem Urteil aus Karlsruhe in keiner Weise gerecht wird. Nicht einmal die Inflationsverluste der Kaufkraft wurden ausgeglichen. Alleine dafür bräuchten wir heute einen Regelsatz von mehr als 400€! Real wächst die Verarmung also gewollt und unaufhörlich weiter.

Lag es daran, dass die damaligen Regierungsparteien ihr verfassungswidriges Handeln von damals immer noch nicht wahrhaben wollen? Warum sonst war von großen Teilen der sog. Opposition kein grundsätzlicher Widerstand zu

spüren? Es ist, als ob sich alle Hartz-Parteien regelrecht danach sehnten, sich demnächst die nächste Ohrfeige aus Karlsruhe abzuholen.

Das mit den Ohrfeigen wäre an sich nicht schlimm– wenn nicht Millionen von Menschen weitere Jahre in Armut zu leben gezwungen würden. Wenn nicht der Irrsinn der Niedrigstlöhne weiterginge, wenn nicht die Machtverhältnisse zwischen Beschäftigten und Arbeitgebern weiterhin durch das Druckpotenzial Hartz IV sehr einseitig verändert blieben, wenn nicht die unerträgliche Spaltung der Gesellschaft immer weiter vorangetrieben würde.

Lassen wir uns nichts einreden: es handelt sich nicht, wie es manche versuchen darzustellen, um ein an sich gutes Vorhaben mit einigen handwerklichen Fehlern.

Wie sollte denn etwas für Menschen Schädliches für die gleichen Menschen nur Gutes hervorbringen?

Das geht höchstens vielleicht in Ausnahmefällen in der Medizin. Dort soll es das geben, dass Gift in kleinster, in allerkleinster Dosierung zur Gesundung führt. Wer wollte aber bei Hartz IV von allerkleinster Dosierung reden, bei so vielen Millionen von Betroffenen?

Wobei, zu überlegen wäre ein solches medizinisches Experiment einer kleinen Hartz IV - Giftdosis vielleicht doch. Wie wäre es, wenn jeder zweite Minister, Ministerpräsident, Bundeskanzlerin und Staatssekretär, auch jeder zweite Bundestagsabgeordnete aus der Gruppe der Hartz IV – Befürworter (von der Anzahl her sind das nicht sehr viele, eine kleine Dosis sozusagen) wenn also jeder Zweite dieser Personen für ein Jahr auf Hartz IV-Regelsatz gesetzt würde. Einschließlich der Regelungen fürs Schonvermögen und Kosten der Unterkunft und Mietobergrenzen. Vielleicht würde solch eine kleine Dosis Hartz IV-Gift langfristig durchaus helfen. Uns allen! Die BezieherInnen von ALG 2 müssen sich ständig anhören, Sie würden von uns SteuerzahlerInnen finanziert. Dasselbe gilt ja wohl für diese Personengruppe ganz besonders.

Liebe KollegInnen, was tun wir uns allen an, wenn wir diese Spaltung der Gesellschaft immer weiter vorantreiben. Wenn die Kunden der Tafeln und Essenstreffs immer mehr werden. Wir müssen diese Einrichtungen, die mehr als ein Schandfleck sind im nahezu reichsten Land der Welt, umgehend überflüssig machen!

Wir können es nicht laut genug ausschreien, dass wir es leid sind, Menschen in Tränen aufgelöst aus den Jobcentern herauskommen zu sehen. Wer Unterstützung braucht, muss diese Unterstützung bekommen, und nicht durch unmenschlichen Druck und Verweigerung sogar der wenigen ihm zustehenden Rechte zur Verzweiflung gebracht werden.

Wann werden in diesem superreichen Land nicht mehr die Armen unter Druck gesetzt, regelrecht bekämpft, sondern die Armut? Wann starten wir alle gemeinsam endlich einen Masterplan gegen Armut?

Als ob es nicht genug wäre, dass Millionen von Menschen durch diese Regelsätze und durch den Zwang, auch Jobs mit Hungerlöhnen annehmen zu müssen, in Armut gebracht werden, auf breiter Front wird noch nicht einmal das gewährt, was eigentlich rechtlich zusteht.

Die Jobcenter verlieren jede Menge Verfahren vor den Sozialgerichten. Das heißt auch: nur wer fit genug ist, nur wer sich mit anderen zusammen tut, hat überhaupt die Chance, Recht zu bekommen.

Was ist das für ein Rechtsstaat, indem ein öffentliches Amt ganz offensichtlich darauf setzen soll, dass viele ihr Recht nicht kennen, und dass möglichst viele Menschen irgendwann genervt und deprimiert aufhören, wenigstens um ihr Recht zu kämpfen.

Offensichtlich ist es in unserem Land inzwischen so weit gekommen, dass sich die höchsten Gerichte einschalten müssen, um deutlich zu machen was geht und was nicht geht.

Über die verfassungswidrigen Regelsätze hab' ich schon einiges gesagt.

Gehen wir eine Etage tiefer: zu den Freiburger Mietobergrenzen für BezieherInnen von Grundsicherung und Hartz IV: Es ist ein riesiger Erfolg all derer, die sich gegen die rechtswidrig niedrigen Freiburger Mietobergrenzen gewehrt haben: Das Bundessozialgericht hat die Art der Ermittlung der Mietobergrenzen in Freiburg verworfen. Das ist eine schallende Ohrfeige für die Mehrheit des Freiburger Gemeinderats, die trotz ausführlicher Information dieser rechtswidrigen Festlegung zugestimmt hat.

Jetzt könnte es wiederum so sein, dass nur diejenigen auch rückwirkend ihr Recht bekommen, die Widerspruch einlegen oder einen Überprüfungsantrag stellen.

Wir fordern die Stadt Freiburg heute auf, die Mietobergrenzen für die BezieherInnen von Grundsicherung und ALG 2 umgehend rechtskonform zu ermitteln, und rückwirkend bis 2007 den Betroffenen Menschen die vorenthaltenen Beträge vollständig zu erstatten.

Wir müssen noch über etwas reden, was leider ganz gut in diese Reihe passt:

Es gibt kein niedergeschriebenes Recht auf bezahlbaren ÖPNV und auch kein formales Recht auf das Freiburger Sozialticket. Trotzdem sind wir zutiefst überzeugt, dass das Recht auf Mobilität jedem Menschen zugestanden werden muss.

Ich denke dies ist ein passender Ort, darüber zu reden, weil hier Viele versammelt sind, die sich engagiert für das Sozialticket einsetzen.

Natürlich steht es jedem Gemeinderat oder Bürgermeister frei, zu entscheiden, ob er dieses Recht auf Mobilität durch das Freiburger Sozialticket auch denen zugestehen möchte, zu deren Budget die Preise für Bus und Bahn - demnächst steigen sie schon wieder - ganz und gar nicht passen.

Mit welchen Mitteln nun aber die Einführung des Freiburger Sozialtickets von oben her verhindert werden soll, das nenne ich einen ausgewachsenen Skandal. Es ist ein Skandal, dass die Stadtverwaltung das Recht der Gemeinderäte und der Betroffenen auf korrekte Informationen missachtet, um ihren Willen durchzusetzen.

Man könnte den Eindruck gewinnen, für den OB dieser Stadt gebe es seit Jahren genau ein zentrales Projekt in Punkto „Soziale Stadt“: das Sozialticket. Er kämpft allerdings nicht, wie viele Parteigenossen in über 40 Städten und Regionen, wo bereits Sozialtickets eingeführt wurden und in mehr als 70 aktiven Initiativen bundesweit vehement für dieses leider so notwendige Projekt. Die Dortmunder Grünen behaupten gar, „das Sozialticket ist eine Idee von uns Grünen“, andere Grüne bringen die Sache auf den Punkt: das ST ist ein Muss!

Vielleicht, weil er spürt, dass in der Freiburger Bevölkerung großes Verständnis da ist für die dringende Notwendigkeit des Sozialtickets, versucht Salomon, es mit einer Art Totschlagargument zu verhindern: Er behauptet, es würde die Stadt mehrere Millionen kosten und nichts bringen - und Geld ist gerade sehr knapp im Freiburger Haushalt.

Nach seiner Meinung haben wir doch de facto schon ein Sozialticket: Die Regiokarte, 48€ wird sie demnächst kosten. Weil Viele trotz gerade mal 364 € Regelsatz schon Leute Regiokarten kaufen, können solche Preise doch unmöglich unsozial oder gar zu teuer sein! Ob unser OB es auch noch für sozial halten würde, wenn er 13% seiner Einkünfte für seine Fahrten in der Regio zu bezahlen hätte?

Selbst der deutsche Bundesrat dokumentiert im Februar 2011 mehrheitlich, dass er im Regelsatz die tatsächlichen Kosten der Mobilität nicht ausreichend berücksichtigt sieht und fordert, die fehlenden Beträge als Sonderbedarf anzuerkennen. Der Bundesratsantrag kam nicht durch. Es blieb bei einigen Milliarden Entlastung für die Kommunen – ohne genauere Benennung der Zwecke, für die dieses Geld aufzuwenden sei. Geld übrigens, das – das ist nicht nur unsere Einschätzung – nur geflossen ist, um die verfassungswidrig geringe Anhebung der Regelsätze durchzusetzen.

Nicht einmal diese zusätzlichen, nicht erwarteten Millionenbeträge im Sozialsektor, aus denen ein Sozialticket allemal finanziert werden kann, bringen den OB zum Umdenken. Ganz schnell stellt er sich hin und teilt er der erstaunten Öffentlichkeit mit, wofür dieses Geld bereits verplant sei. Es soll ja niemand auf falsche Gedanken kommen - von wegen ST oder so... Dass immer noch der Gemeinderat, und nicht eine einzelne Person, auch nicht der OB über Millionenausgaben bestimmt, war ihm da wohl kurzfristig entfallen....

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer von einem Skandal spricht, muss gute Gründe dafür haben.

Wie ihr wisst, leidet die VAG und insbesondere alle dort Beschäftigten massiv unter den millionenschweren Einsparungs-Vorgaben der letzten Jahre. Nicht nur deshalb waren wir als Initiatoren des Sozialtickets dafür, in einem seriösen Verfahren die wirtschaftlichen Folgen der Einführung eines Sozialtickets zu ermitteln.

Unsere Zustimmung zu einem solchen Gutachten war allerdings von Anfang an daran gekoppelt, dass die zwangsläufig erheblichen Fehlerquellen einer solchen Befragung minimiert werden. Wir bestanden auf gut begründeten entsprechenden Korrekturen der Befragungsergebnisse dort, wo Fehler nicht zu umgehen waren.

Aus den Erfahrungen von Experten mit ähnlichen Gutachten aus anderen Städten hatten sich früh zwei zentrale Fehlerquellen herauskristallisiert.

1. Die Repräsentativität der Befragung: d.h.: wie viele der BezieherInnen von ALG 2 oder Grundsicherung im Alter etc. haben denn überhaupt noch einen Festnetzanschluss? Wie viele können gar nicht mehr per Festnetzumfrage erreicht werden? Wie können die Interessen dieser Menschen, Wohnungslose, AsylbewerberInnen, sehr viele Alleinstehende usw. trotzdem berücksichtigt werden?

2. Wir haben ein großes Problem, viele von euch können ein Lied davon singen, mit Menschen, die wegen Geldmangels häufig ohne Fahrschein unterwegs sind. Gegen knapp 2000 Freiburger wurde im vorletzten Jahr Klage wegen mehrfachen Schwarzfahrens erhoben. Viele landen im Knast. Wir wissen aus der einzigen bundesweiten Studie, die es zu diesem Thema gibt, dass so genannte Schwarzfahrer in großer Zahl in ein Sozialticket wechseln, wenn es dieses gibt. Auch wir haben uns etwas ungehört: was uns die Leute in Freiburg erzählt haben, bestätigt diese Studie voll und ganz. Nun kann schwarzfahren nicht seriös vor der Einführung eines Sozialtickets abgefragt werden. Deshalb unsere Forderung von Anfang an: Nutzt diese Erfahrungen aus anderen Städten! Denn: diesen Effekt nicht zu berücksichtigen, würde die Ergebnisse der Umfrage extrem verzerren.

Leider wurden die Initiatoren des Sozialtickets in der Folge vom Verfahren bis zur Fertigstellung der Verwaltungsvorlage de facto ausgeschlossen.

Stattdessen begann seitens der Stadtverwaltung der massive Versuch, die entscheidenden Mängel der Befragung herunterzuspielen, die Verzerrungen auszublenden, um das gewünschte Ergebnis nicht zu gefährden. Das Ergebnis sollte ja lauten: Ein Sozialticket würde Millionen kosten und fast nichts bringen.

Leider hat sich die mit dem Gutachten beauftragte Firma Infas nicht besonders bemüht, diese Probleme seriös aufzuarbeiten. Im Gegenteil: Aus einem Antwortschreiben von Infas vom Januar 2011 geht klar hervor, dass mit falschen Behauptungen versucht wurde und wird, diese Probleme einfach auszublenden.

Ich muss euch das kurz erläutern, weil es so unglaublich ist:

dieselbe Firma Infas, die unser Gutachten verfasste, hat in einer großen Studie etwas herausgefunden, was eigentlich niemanden wirklich überraschen kann: unter den Ärmsten in unserer Bevölkerung sind besonders Viele nur noch per Handy erreichbar. Je ärmer, desto mehr. Mit 37 % knapp viermal so viele, wie im Rest der Bevölkerung. Klar ist, wenn solche Zahlen auch für Freiburg gelten würden, - und diejenigen Armen, die gar kein Telefon mehr haben, müssten auch noch dazugerechnet werden, - dann wäre eine derartige Umfrage und ihre Ergebnisse nicht allzu viel wert.

Was tun? Wir hatten vorgeschlagen, wenn es keine direkten Möglichkeiten gibt, dann nutzt doch die vorliegenden Vergleiche mit den Städten, die bereits praktische Erfahrungswerte haben. Infas wählt offensichtlich einen ganz anderen Weg, um dieses Problem zu umschiffen:

Es ist schier unglaublich: Infas behauptet einfach, bei den Berechtigten des Freiburger Sozialtickets sei alles ganz anders, auf die AnwärterInnen aufs Freiburger Sozialticket träfen Ihre Forschungsergebnisse überhaupt nicht zu. Und: auch das, dass die Verhältnisse bei den Armen in Freiburg ganz anders wären, als im Rest der Republik, hätten sie aus genau dieser Studie abgeleitet. Statistisch gesehen hatten sie dazu gerade mal 4 (!!!) FreiburgerInnen befragt...

Es gibt sogar noch eine Steigerung der unglaublichen Behauptungen: im Januar heißt es noch bei infas: unter Freiburgs Armen gibt es etwa gleich viel Menschen ohne Festnetzanschluss, wie in der gesamten Bevölkerung. Im März setzt Infas noch einen drauf und behauptet, sie hätten aus den Daten zu dieser Studie errechnet: Der Anteil der reinen Handynutzer unter den Bezieherinnen von Arbeitslosengeld 2 etc. in ganz Westdeutschland liege nur halb so hoch, wie beim Rest der Bevölkerung. Welch ein Unsinn! Einen Anteil von gerade mal 6 % hätten sie ausgerechnet und sagen damit nichts anderes als: das Problem, dass Arme sich zunehmend das Geld für den Festnetzanschluss sparen, gibt es in Westdeutschland und damit auch in Freiburg überhaupt nicht.

Und all das offensichtlich nur, um zu rechtfertigen, dass es ja nicht nötig sei, ausgerechnet die Wohnungslosen, die Asylbewerber und große Teile der allein Stehenden und allein Erziehenden in die Befragung mit einzubeziehen.

Wer aber diese Menschen und ihre besonderen Bedürfnisse und Interessen einfach außen vor lässt, der darf nicht behaupten, die total überhöhten Millionenbeträge korrekt ermittelt zu haben.

Weil, das ist völlig klar, nur ein Teil der Berechtigten überhaupt befragt werden konnte, weil es sich bei den nicht Befragten sehr wahrscheinlich um den ärmeren Teil der zu Befragenden handelt, können auch die ermittelten Ergebnisse höchstens für einen Teil der Berechtigten gültig sein. Sie einfach auf alle zu übertragen, macht diese Ergebnisse zu eindeutig falschen Ergebnissen.

Inzwischen hat Infas einen Anwalt eingeschaltet. Die vorgebrachten Argumente gegen unsere Feststellungen werden dadurch nicht besser. Im Gegenteil:

könnt Ihr euch vorstellen, dass jemand ernsthaft behauptet, Menschen, die mit mehreren zusammen oder auch alleine in einem Haushalt leben mit einem Haushalts Einkommen von weniger als 1000 € netto seien in der Regel vollzeitbeschäftigt, und - es kommt noch besser - würden aber kein Arbeitslosengeld beziehen. In der Regel, das heißt: fast alle. Diesen Unsinn behauptet Infas und die Freiburger Stadtverwaltung kann angeblich nicht nachvollziehen, was an solchen Aussagen falsch sein sollte.

könnt Ihr euch vorstellen, dass jemand vorrechnet, ein Bezieher von Arbeitslosengeld 2 erhalte Leistungen in Höhe von höchstens 500€, und zwar 350 € Regelsatz plus weniger als 150 € weitere Leistungen, wie Mietkosten etc? Infas geht nach eigener Aussage von diesen völlig unrealistischen Zahlen aus, die Freiburger Stadtverwaltung findet das alles nicht zu beanstanden.

hätten sie wenigstens in ihrer eigenen Dokumentation zum Freiburger Mobilitätsgutachten nachgesehen, dann wüsste Infas und ebenso die Freiburger Stadtverwaltung, dass auch ihre Behauptung völlig daneben liegt, bei den Berechtigten des Freiburger Sozialtickets handle es sich um, ich zitiere: „*überdurchschnittlich viele ältere Menschen, die grundsätzlich erheblich weniger technik- und mobiltelefon-affin*“ seien und erfahrungsgemäß kaum Handys besäßen. Ganze 13 % im Gutachten sind über 65, insgesamt in Freiburg sind es mit 17% deutlich mehr ...

Das ist leider noch nicht alles: Infas scheint ihre eigene Studie nicht zu kennen. Mehr als einmal behauptet sie, dort Erkenntnisse veröffentlicht zu haben, die in Wirklichkeit dort überhaupt nicht vorkommen. Die teilweise sogar dem widersprechen, was dort tatsächlich steht.

Darf man das absichtliche Täuschung nennen?

So weit zu Infas. Das eigentliche Problem liegt nicht in den Fehlern von Infas.

Das Problem besteht darin, dass die Stadtverwaltung wider besseres Wissen die falschen Informationen von Infas an die Gemeinderäte weitergibt und nicht bereit ist, auch nur einen einzigen erheblichen Fehler zu korrigieren. **4**

Die Stadtverwaltung weiß auch seit Monaten: aus den Umfragedaten könnte ziemlich einfach ermittelt werden, ob nun tatsächlich ein großer Teil der Berechtigten für das Freiburger Sozialticket gar nicht erreichbar war, und dass damit ein Kernpunkt der Kritik belegt, oder auch widerlegt werden könnte.

Als Transparenz kann man es nun wirklich nicht bezeichnen, dass diese Daten nicht offen gelegt werden, und dass OB Salomon es stattdessen für angebracht hält, den Hauptausschuss in dieser Sache öffentlich falsch zu informieren, man müsse dafür Geld für ein neues Gutachten ausgeben.

Wenn wir seit Monaten erleben müssen,

- dass trotz vielfacher Anfragen keine Information veröffentlicht werden, die Klarheit bringen könnten,
- dass die Stadtverwaltung wider besseres Wissen behauptet: es gebe keinen Hinweis darauf, dass bisherige Schwarzfahrer in ein Sozialticket wechseln.

Infas selbst widerspricht dieser Behauptung und merkt an, die Kölner Ergebnisse seien häufig diskutiert worden.

- dass die Stadtverwaltung an infas eine viel zu geringe Zahl von Wohnungslosen in Freiburg weiterleitet mit der wahrscheinlich erwünschten Rückmeldung, die Nichtberücksichtigung dieser paar Leute mache am Ergebnis sicherlich nicht aus
- dass die Stadtverwaltung – aus offensichtlichen Gründen – an der Falschbehauptung festhält, es gäbe durch ein Sozialticket nur ein paar hundert so genannte Neukunden. Infas selbst macht im Mobilitätsgutachten deutlich, dass große Teile der wahrscheinlichen Käufer von Sozialtickets einfach nicht mitgezählt wurden.

Dann steht für uns fest: Hier soll einfach mit allen Mitteln das Sozialticket verhindert werden.

Das ST als ein kleines Signal der Solidarität: Ein Signal: Ihr gehört dazu, wir wollen, dass Ihr Euch nicht noch mehr verkriecht, wir wollen Euch dabei haben!

Seit 6 Jahren kämpfen wir – unterstützt von vielen von Euch, für das Freiburger Sozialticket.

Demnächst wird der Gemeinderat darüber abstimmen.

- Eigentlich kann man es sich nicht vorstellen, dass eine Mehrheit der Freiburger Gemeinderäte es sich gefallen lässt, dass sie durch nachweislich falsche Behauptungen und Zahlen veranlasst werden sollen, so abzustimmen, wie es von oben gewünscht ist.
- Ich kann es mir auch nicht vorstellen, dass es sich die Betroffenen gefallen lassen, dass Bürgerbeteiligung derart missachtet und selbst Minimalforderungen nach Transparenz seit Monaten verweigert werden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

es geht um Viel

- es geht darum, die Kluft, die aufgerissen wurde, wieder zuzuschütten,
- jeden zur Rede stellen, der diese Kluft noch weiter vertiefen möchte
- es geht darum, auf dem Weg dahin heute anzufangen, alle, auch die kleinen Schritte in Angriff zu nehmen, die geeignet sind, der Spaltung unserer Gesellschaft und die Ausgrenzung von Millionen zu überwinden
- wir sind nicht ohne Chancen. Es gibt Erfolge, und diese Erfolge geben Zeichen: für uns alle, dass es sich zu kämpfen lohnt und für die anderen, dass ihre Sicherheit, sie könnten auf Dauer so weitermachen mit der Benachteiligung der Benachteiligten, eine sehr trügerische Sicherheit sein könnte

Und noch eins:

Lasst nicht eine einzelne Gruppe der durch Hartz IV Benachteiligten, lasst nicht die Langzeitarbeitslosen alleine für Euch mitkämpfen, den Karren aus dem Dreck ziehen. Wenn die Risse in dieser Gesellschaft immer größer gemacht werden, dann geht das uns alle an.

Wir versprechen: wir werden auch weiterhin, wie bisher unsere Stimme erheben, nur mit Fakten uns nachweisbaren Tatsachen an die Öffentlichkeit gehen, um aufzuklären. Wie es Rosa Luxemburg so treffend formulierte: es ist und bleibt die revolutionärste Tat, immer das laut zu sagen, was ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Kampf gegen untertarifliche Bezahlung hat mit Recht einen hohen Stellenwert bei allen Gewerkschaften ich schlage deshalb vor, dass diese Versammlung eine Resolution an die Stadt Freiburg und den Freiburger Gemeinderat richtet, mit der Aufforderung:

**Im Verantwortungsbereich der Stadt Freiburg dürfen keine Arbeitsplätze eingerichtet werden, bei denen unter Tarif bezahlt wird. Dies gilt insbesondere auch für die geplanten so genannten Bürgerarbeitsplätze.**

Ich bedanke mich fürs Zuhören,  
und ich bedanke mich für Eure Solidarität!